

## US-Präsident Trumps erste Regierungshandlungen sind alarmierend - Protektionismus stellt konkretes Risiko für die US-Wirtschaft und auch für deutsche Unternehmen dar

*„Wir müssen uns auf neue Zeiten einstellen. Mit dem Gewinn der Wahl betrachtet Donald Trump die USA nun als SEIN Unternehmen. Dies hat Implikationen weit über die Handelspolitik hinaus, so etwa auch für die Außen – und Sicherheitspolitik. Dabei ist es für einen Unternehmer nicht untypisch, wie er sich aufstellt. Politik und Wirtschaft in Deutschland müssen Präsident Trump ernst nehmen. Er versteht nur eine harte Sprache. Es muss also klar herausgearbeitet werden, dass Trump noch viel mehr verlieren wird, wenn wir verlieren.“ Dies erklärt BGA-Präsident Anton F. Börner in Berlin zu den handelspolitischen Auswirkungen der neuen US-Administration.*

Für das laufende Jahr 2017 rechnet der BGA mit einem Wachstum der Ausfuhren von bis zu 2,5 Prozent auf einen neuen Rekordwert von rund 1.235 Milliarden Euro. Hinter dieser Prognose muss jedoch ein großes Fragezeichen stehen, da die Unsicherheiten für deutsche Unternehmen nicht weniger geworden sind. Im Gegenteil: die Liste der Risiken für das Auslandsgeschäft wird immer länger. Dazu gehören insbesondere die Herausforderungen durch die Flüchtlingskrise, die Kriege in Nah-/Mittelost und Nordafrika, die Bedrohung durch den Terror des „Islamischen Staats“, die Bewältigung des BREXIT, der Umgang mit einer immer autokratischer-regierten Türkei, Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer und die nächsten Kapitel in der scheinbar nicht enden wollenden Euro-Schulden-Saga. Mit der Amtseinführung von Donald Trump als US-Präsident ist zu den bestehenden Risiken nun ein ganz spezielles Problem für die Weltgemeinschaft hinzugekommen.

### Rekordumsatz trotz großer Fragezeichen

„Tatsache ist, dass der vom neuen Präsidenten in Aussicht gestellte Protektionismus ein konkretes Risiko für die US-Wirtschaft und auch für deutsche Unternehmen darstellt. Diese neue Gangart in der amerikanischen Handelspolitik zeichnet sich immer klarer ab. Ganz sicher führt eine solche Politik der Isolierung und Abschottung in einen wirtschaftlichen Niedergang. Daran kann hierzulande niemand ein

ernsthaftes Interesse haben“, warnte der Außenhandelspräsident.

Am Anfang stünden zunehmende Unsicherheiten, dann unterblieben Investitionen. So komme eine Spirale in Gang, in deren Folge die Weltwirtschaft immer schneller abwärts rutsche, die Unsicherheit weiter zunehme und Wohlstand sowie Sicherheit sänken.

„Viele der Ankündigungen Trumps lassen sich jedoch ohne Regelbruch kaum realisieren. Sollte Präsident Trump dennoch diese roten Linien austesten wollen, gilt es gemeinsam, also Politik und Wirtschaft, stark aufzutreten und harte Antworten zu formulieren“, erklärte Börner. Zwar beeindruckten ihn nicht Politiker oder Medien, dafür aber Banken und Börsen – und gerade auch die Wallstreet werde sehr empfindlich reagieren. Da die US-Altersversorgung an den Börsen hänge, könne schließlich jeder Trump-Wähler, jeder Rentner an seinem Kurszettel und an der Höhe seiner Rente ablesen, wie aus dem Gewinner Trump ein Verlierer werde. Hier sei Trump verwundbar.

### Allianzen schmieden, selbstbewusst auftreten

Die Einführung von „America first“ als Staatsräson sowie die angekündigten Alleingänge der USA in der Handelspolitik sollten genug Anlass für die Mitgliedstaaten der EU sein, wieder stärker zusammenzurücken. Mehr denn je seien wir

auf ein geeintes Europa und eine starke Euro-Zone angewiesen. Dazu gehöre nicht nur, dass Europa insbesondere im Rahmen seiner Sicherheits- und Verteidigungspolitik eigene Fähigkeiten entwickle und Abhängigkeiten reduziere, sondern auch eine Rückbesinnung auf den EU-Binnenmarkt. Denn nur als ein starker, einheitlicher Wirtschaftsraum seien die Mitgliedstaaten der EU in der Lage, den handelspolitischen Muskelspielen eines Donald Trump zu widerstehen. Denn selbst nach einem BREXIT sei der europäische Markt um 127 Millionen Konsumenten größer als derjenige der USA. Hierfür sei allerdings der Wahlausgang in Frankreich genauso bedeutend, wie die US-Wahl, denn ohne den deutsch-französischen Motor seien ein Auseinanderfallen Europas und des Euros vorprogrammiert.

„Ich warne davor, Präsident Trump nicht ernst zu nehmen. Deutschland muss Allianzen schmieden mit exportstarken Unternehmen in den USA, politisch und wirtschaftlich in Europa, mit Asien, mit Lateinamerika und Kanada. Wir müssen hart und ganz selbstbewusst auftreten. Das ist das Einzige, was einen Unternehmer Trump beeindruckt: Du bekommst einen gnadenlosen Wettbewerb zu spüren“, so Börner abschließend.

[André Schwarz]

## AUSSENWIRTSCHAFT

### Lateinamerika-Konferenz der Deutschen Wirtschaft (LAK) - Donnerstag, 9. Februar 2017

Die Lateinamerika-Initiative, getragen von BDI, BGA, DIHK, LAV und Bankenverband, organisiert in zweijährigem Rhythmus die Lateinamerika-Konferenz der deutschen Wirtschaft. Diese Konferenz ist die wichtigste Plattform, um wirtschafts- und handelspolitische Themen zwischen Lateinamerika und Deutschland zu diskutieren, bestehende Kontakte zu pflegen bzw. neue zu knüpfen.

Die Lateinamerika-Konferenz 2017 findet zum dritten Mal in Folge im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin statt. Viele Länder Lateinamerikas sind in den vergangenen Jahren durch politische Veränderungen geprägt worden. Dies gilt in besonderem Maß für Argentinien und Brasilien. Dieser Politikwechsel hat unmittelbare Auswirkungen auf die Geschäftsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen. Gemeinsam wollen wir mit Ihnen diskutieren, wo aktuell die Chan-

cen und Risiken im Lateinamerika-Geschäft liegen und laden Sie deshalb herzlich ein, an unserer Konferenz teilzunehmen. Die Teilnahme ist kostenfrei.

① Weitere Informationen gibt es unter: <http://www.lateinamerikakonferenz.de/>

① Ansprechpartner: Marcus Schwenke, [marcus.schwenke@bga.de](mailto:marcus.schwenke@bga.de), Tel: 030 5900 99 594

[Marcus Schwenke]

### Fachbeiratssitzung des Import Promotion Desk (IPD)

Der IPD Fachbeirat tagte zum 9. Mal in Berlin. An der Sitzung nahm als Gast erstmals Dr. Mayer-Heinisch, Präsident des österreichischen Handelsverbandes teil, denn in Österreich wurde jüngst ebenfalls ein Programm zu Importförderung ins Leben gerufen. Frank Maul, kommissarischer Leiter des IPD und Daniel Oppermann, Projektkoordinator, gaben einen Überblick über die IPD Projekte des letzten Jahres und einen Ausblick auf die geplanten Aktivitäten für 2017. 2016 führte das IPD insgesamt 58 Aktivitäten durch. Darunter fallen unter anderem Buyer Missions nach Indonesien, Kolumbien und Peru. Zudem war das IPD auf allen relevanten Fachmessen vertreten – sowohl mit eigenen Ständen als auch Gemeinschaftsständen. Das IPD arbeitet seit Jahren eng mit den Importförderungsprogrammen der Schweiz und Niederlanden zusammen. Janneke Vereijken vom Centre for the Promotion of Imports from developing countries (CBI) stellte die neue Strategie ihrer Organisation vor. Der Fokus liegt bei den Niederländern zukünftig auf KMUs, die den Markteintritt in die EU anstreben. Bisher war CBI in 30 Sektoren aktiv. In Zukunft werden es nur noch 15 Sektoren sein und maximal 30 Partnerländer. Im Rahmen der neuen Strategie möchte CBI auch die Kooperation mit europäischen Importeuren vorantreiben.

[Anna Peter]

## KONJUNKTUR

### Jahreswirtschaftsbericht 2017: Grundlagen für inklusives Wachstum stärken

Der Jahreswirtschaftsbericht 2017 mit dem Titel „Für inklusives Wachstum in Deutschland und Europa“ wurde am 25. Januar vom Bundeskabinett beschlossen. Die Bundesregierung stellt darin zentrale wirtschafts- und finanzpolitische

Themenschwerpunkte dar. Bei der Regierungserklärung zum Bericht konstatierte der seinerzeitige Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, dass die deutsche Wirtschaft in sehr guter Verfassung sei. Die Bundesregierung erwarte für 2017 eine Fortsetzung des Wachstumstrends und prognostiziert ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 1,4 Prozent. Der leichte Rückgang der Wachstumsrate resultierte gegenüber dem Vorjahr zum großen Teil aus dem Effekte der geringeren Zahl an Arbeitstagen. Er brachte jedoch auch zum Ausdruck, dass sich trotz der guten wirtschaftlichen Lage viele Menschen um ihre ökonomische Zukunft wie auch um die Gesellschaft als Ganzes sorgen.

Bundesminister Gabriel mahnte an, dass in einer Phase des grundlegenden Wandels – Stichwort Digitalisierung - trotz der guten Entwicklung sich nicht ausgeruht werden dürfe, sondern gerade die Weichen für die Zukunft gestellt werden müssten. Dies könne mit einem massiven und mutigen Investitionspaket erfolgen, so Gabriel. Die Investitionen brauchten Vorfahrt bei Spielräumen und Haushaltsüberschüssen. Eine nachhaltige und zukunftsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik verlange den Wohlstand von morgen im Blick zu behalten. Dazu zählten die Herausforderungen des demographischen Wandels ebenso wie der Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur.

2016 gelang es der Bundesregierung, das dritte Jahr infolge die schwarze Null zu halten. Seit Beginn der Legislaturperiode hatte sie um mehr als ein Drittel auf 36,1 Milliarden Euro im Bundeshaushalt 2017 angehoben. Auch habe die Bundesregierung die Voraussetzung für Unternehmen verbessert, sich in einem globalen digitalisierten Umfeld behaupten zu können und neue Geschäftsfelder zu erschließen. Dafür stärke sie insbesondere junge innovative Unternehmen durch ein ausgebauten Angebot an Wagniskapital und unterstütze vor allem kleine und mittelständische Unternehmen, das vorhandene Potenzial der Digitalisierung auszuschnöpfen.

Die Investitionsdynamik dürfte nach der Projektion des Jahreswirtschaftsberichtes zunehmen, dennoch verhalten bleiben. Die Risiken aus dem außenwirtschaftlichen Umfeldes bleiben beachtlich und könnten den Welthandel beeinträchtigen. Deutschland ist auf offenen Märkte und freien Handel angewiesen. Der weltweit spürbare Hang zum Protektionismus sei der falsche Weg. Denn Abschottung mache alle ärmer, so Sigmar Gabriel abschließend.

Der BGA teilt die grundsätzliche Einschätzung der Bundesregierung zur volkswirtschaftlichen Entwicklung und den globalen Anforderungen. 2017 wird es auch nach Einschätzung des BGA in Übereinstimmung mit der Großhandelsbefragung zum Jahreswechsel 2016/17 weiter aufwärts gehen. Der BGA zeigt sich jedoch in seiner Bewertung verhaltener. Insbesondere müssen Reformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland weiter vorangebracht werden, darunter die Modernisierung der Infrastruktur und zur Anpassung an Entwicklungen wie die Digitalisierung und die Demographie. Dabei dürfen die ehrgeizigen Ziele zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht aufgegeben werden. Insbesondere besteht auch bei weiterhin robuster Konjunktur kein Anlass, in der Sozialpolitik die Schleusen zu öffnen.

[Moritz Melcher, Michael Alber]

## RECHT

### BGA drängt auf Einigung bei Insolvenzanfechtung

Das Gesetzgebungsverfahren zur Insolvenzanfechtung stockt weiterhin. Alleiniger Streitpunkt ist offenbar die im Gesetzentwurf vorgesehene Änderung des Fiskusprivilegs. Dem Vernehmen nach sprechen sich Unions- und SPD-Fraktion für eine Verabschiedung des Gesetzentwurfs ohne die Änderung des entsprechenden Paragraphen aus, während insbesondere das Bundesfinanzministerium strikt daran festhält. Vor diesem Hintergrund hat sich der BGA mit beiliegenden Schreiben an Bundesfinanzminister Schäuble und Bundessozialministerin Nahles gewandt und nochmals erklärt, wie wichtig die Gesetzesinitiative, insbesondere die Änderungen zur Vorsatzanfechtung für die Wirtschaft ist, und sie dazu aufgefordert, die Verabschiedung des Gesetzes ohne diese Änderung zu ermöglichen. Dabei wurde insbesondere aufgezeigt, dass auch Fiskus und Sozialkassen von den üblichen Regelungen des Gesetzentwurfs, darunter die Zinsregelung, profitieren. Sollte sich die Wirtschaftslage verschlechtern und die Anzahl der Insolvenzen zunehmen, wird das Thema Insolvenzanfechtung weiter an Bedeutung gewinnen. Es ist deshalb dringend erforderlich, die für den Geschäftsverkehr erforderliche Rechts- und Planungssicherheit bei der Insolvenzanfechtung zu schaffen, wie es Koalitionsvertrag verankert ist, zumal sich die Legislaturperiode dem Ende zuneigt. Eine Einigung müsste in den nächsten Wochen erreicht werden, damit das Ge-

setzungsverfahren noch rechtzeitig in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden kann.

[Alexander Kolodzik]

## AGRAR- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

### Bundeszentrum Ernährung und Bundesinformationszentrum Landwirtschaft nehmen Arbeit auf

Das Bundeszentrum für Ernährung (BZfE) und das Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (BZL) haben am 1. Februar ihre Arbeit aufgenommen. Die beiden eigenständigen und miteinander vernetzten Zentren bündeln die Kompetenzen der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) sowie des aid infodienst (aid), der im November 2016 auf Beschluss seiner Mitglieder aufgelöst wurde. BZfE und BZL sollen unter dem Dach der BLE zur Stärkung der Ernährungs- und Agrarkommunikation beitragen.

Das BZfE wird als eigenständige Abteilung innerhalb der BLE unter der Leitung von Frau Dr. Margareta Büning-Fesel die Aufgaben der Ernährungsbildung und –kommunikation übernehmen, die bisher parallel in der BLE und im aid wahrgenommen wurden, und diese künftig weiterentwickeln. Als zentrales Kompetenz- und Kommunikationszentrum ist das BZfE Ansprechpartner bei allen Fragen rund um das Thema Ernährung. Ziel ist es, fundiertes Fachwissen zur Ernährung im Alltag umsetzbar zu machen und bei ganz konkreten, praktischen Herausforderungen anzusetzen, etwa der Ernährungsbildung oder der Vermeidung von Lebensmittelabfällen. Das BZL wird die Aktivitäten der Agrarkommunikation auf Bundesebene bündeln und sich ganz gezielt auch an Verbraucher richten. Durch unabhängige objektive Information soll ein besseres Verständnis moderner Landwirtschaft gefördert und ein Beitrag zum gesellschaftlichen Dialog über Landwirtschaft und ihre Rolle in unserem Gemeinwesen geleistet werden. Das BZL wird von Dr. Matthias Nickel geleitet.

[Sebastian Werren]

## VERKEHR

### Start: Ausbau Betuwe- Linie

Der milliardenschwere Ausbau der Betuwe-Linie vom Ruhrgebiet Richtung Nordseehäfen hat nun endlich begonnen. Die Ausbaustrecke von Oberhausen bis Emmerich ist 73 km lang und gehört zu den großen Infrastrukturprojekten Nordrhein-Westfalens. Durch den zum Teil dreigleisigen Ausbau sollen die Kapazitäten im Schienengüterverkehr vom und zum Hafen Rotterdam erhöht und die Fahrzeiten im Personenverkehr verkürzt werden. Die Ausbaustrecke ist Teil des 1300 Kilometer langen Güterverkehrskorridors von Rotterdam ins italienische Genua. Verlässliche Prognosen, wann das Großprojekt abgeschlossen sein wird, gibt es nicht. Elf von zwölf Teil-Genehmigungsverfahren sind noch nicht abgeschlossen, die Stadt Oberhausen hat Klage gegen den bisher einzigen Planfeststellungsbeschluss auf Grund von Sicherheitsbedenken erhoben.

[Meike Tilsner]

### Zitat der Woche

**»Es ist schon einzigartig, dass ein Land wie Deutschland 18 unabhängige Inlandsnachrichtendienste hat. 16 auf Landesebene, das BfV und den Militärischen Abschirmdienst- und keine Steuerung.«**

Hans-Georg Maaßen, Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz

### Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin  
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519  
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz  
Redaktion: Iris von Rottenburg, Sarah Turan  
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 10. Februar 2017  
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich